ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Konjunkturzuschlag: Erfahrungen mit einem neuen Instrument

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1972) : Konjunkturzuschlag: Erfahrungen mit einem neuen Instrument, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 5, pp. 257-258

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/134398

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Konjunkturpolitik

Konjunkturzuschlag
Erfahrungen mit einem neuen Instrument

Günter Großer, Hamburg

Der in der Bundesrepublik nunmehr zu Ende gehende fünfte Konjunkturzyklus der Nachkriegszeit unterschied sich in so mancher Beziehung von seinen Vorgängern. Das gilt sowohl für den Ablauf des konjunkturellen Geschehens selbst wie auch für seine wirtschaftspolitische „Bewältigung". Eines der bemerkenswertesten dabei eingesetzten Instrumente war die Erhebung eines 10%igen Zuschlags auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer vom August 1970 bis Juni 1971 – bemerkenswert vor allem deshalb, weil aus verteilungspolitischen Gründen von vornherein eine Rückzahlung angekündigt wurde, die zudem mit dem 31. 3. 1973 als spätestem Termin relativ kurz befristet war.

Zweifel bei der Einführung

Nicht zuletzt aus diesem Grunde wurde die Wirksamkeit der unkonventionellen Maßnahme zur Dämpfung der Nachfrageexpansion mit dem Hinweis auf mögliche kompensatorische Reaktionen der Spartätigkeit bezweifelt. Tatsächlich ging aber die Sparquote der privaten Haushalte im Erhebungszeitraum 1970/71 nicht etwa zurück, sondern sie erreichte – im Zusammenhang mit der verstärkten Förderung der Vermögensbildung durch Gesetz und tarifvertragliche Vereinbarungen – sogar einen neuen Höchststand. Und das, obwohl das Aufkommen aus dem Steuerzuschlag mit fast 6 Mrd. DM den Voranschlag deutlich übertraf. Bei allen Schlußfolgerungen muß allerdings berücksichtigt werden, daß niemand den Konjunkturverlauf ohne Konjunkturzuschlag rekonstruieren kann. Schon aus diesem Grunde ist auch der starke Preisauftrieb während des Erhebungszeitraums und darüber hinaus noch keinerlei Beweis für die stabilitätspolitische Unwirksamkeit des Konjunkturzuschlags.

Es kann nicht verwundern, daß jetzt auch die Ankündigung der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags für die Jahresmitte Diskussionen darüber ausgelöst hat, mit welchen Auswirkungen zu rechnen und – damit verknüpft – ob der gewählte Zeitpunkt konjunkturpolitisch richtig ist. Andererseits ist klar, daß alle Überlegungen dazu wiederum nur die verschiedenen Möglichkeiten umreißen und bis zu einem gewissen Grade nach ihrem Wahrscheinlichkeitsgehalt bewerten können, ohne daß die Ergebnisse später exakt nachprüfbar sein werden. Nicht zu bestreiten ist lediglich die Tatsache, daß Einkommensteile in der genannten Höhe, die sonst 1970/71 nur kurz nach dem Höhepunkt des Konjunkturzyklus den privaten Haushalten und Unternehmen zugeflossen wären, jetzt erst bei spürbar verringerter Auslastung von Kapazitäten und Arbeitskräften verfügbar werden.

Rückzahlung unter Zeitdruck

Wenn dennoch Bedenken gegen den Zeitpunkt der Rückzahlung geäußert werden, so entspringen sie der Sorge, daß damit dem Prozeß der konjunkturellen Beruhigung des Preisauftriebs entgegengewirkt wird. Zwar ist die jährliche Steigerungsrate der industriellen Erzeugerpreise inzwischen von 6,5 % Mitte 1970 auf 2,7 % im März 1972 gesunken, aber bei den Preisen für die private Lebenshaltung ist die Abflachung der Teuerungsrate von 5,9 %, dem im Herbst vergangenen Jahres erreichten Maximum, auf 5,4 % im März dieses Jahres weit weniger beeindruckend. Es ist auch nicht zu erwarten, daß dieser Prozeß lange genug anhält, um den Preisauftrieb in absehbarer Zeit

Günter Großer, 39, Dipl.-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Abteilung „Konjunktur und Statistik" des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg.

auf das früher tolerierte Maß zurückzuführen. Dies gilt insbesondere unter dem Blickwinkel der sich bereits abzeichnenden Konjunkturbelebung. Aber gerade dieser Umstand spricht dafür, den Konjunkturzuschlag lieber jetzt, in der Phase noch rückläufiger Beschäftigung der Ressourcen, zu erstatten als etwa zum letztmöglichen Zeitpunkt des 31. 3. 1973, wenn dadurch unter Umständen eine bereits kräftige Nachfrageexpansion zusätzlich stimuliert würde.

Wie sehr auch die Bundesregierung die Problematik der Rückzahlung im Auge hat, geht daraus hervor, daß sie bei der Ankündigung auf die voraussichtliche Verwendung der Mittel zur Konsolidierung aufgenommener Kredite in den Unternehmen hinwies und eine überdurchschnittlich hohe Sparquote für den auf die privaten Haushalte entfallenden Betrag annahm. Ob und in welchem Maße es wirklich dazu kommt, hängt jetzt von den Verhaltensweisen der Empfänger ab. In erster Linie werden dies die privaten Haushalte sein. Ihnen werden schätzungsweise 4½ Mrd. DM zufließen, wenn man ihnen außer dem auf Lohnsteuern entrichteten Konjunkturzuschlag auch den größeren Teil dessen zurechnet, was im Zusammenhang mit Einkommensteuern entrichtet wurde. Der Restbetrag von 1¼ Mrd. DM würde also den Unternehmen verbleiben. Welche Möglichkeiten der Verwendung wären auf dieser Basis für die 6 Mrd. DM denkbar?

Alternative Verwendungen

Ein Extrem besteht in der Ausgabe des vollen erstatteten Konjunkturzuschlags für Konsum- und Investitionsgüter. In diesem Fall würde das Bruttosozialprodukt im zweiten Halbjahr 1972 nominal um etwa 1½ % stärker zunehmen als ohne die Rückzahlung. Am größten wäre die Stimulierung bei den privaten Verbrauchsausgaben. Ihre Zuwachsrate erhöhte sich dann insgesamt um rd. 2 Prozentpunkte (auf 9 %). Bei den Investitionsausgaben würde der zusätzliche Impuls nur wenig über einen Prozentpunkt hinausgehen. In beiden Fällen handelt es sich dabei lediglich um die direkte Nachfrageerhöhung, die ausgelösten Sekundärwirkungen bleiben außer Betracht.

Eine andere extreme Annahme bestünde darin, daß die Erstattungsbeträge zu keinerlei Käufen anregten, sondern die privaten Haushalte ausschließlich ihre Ersparnisse entsprechend aufstockten und die Unternehmen Schulden konsolidierten. Dies wäre allerdings insofern nicht einmal völlig konjunkturneutral, als immerhin die Liquidität der Banken erhöht würde — wenn von Abflüssen ins Ausland abgesehen wird — und das Zinsniveau unter Druck geriete. Indirekt wären auch so Nachfrageanregungen wahrscheinlich.

Die zunächst restriktivste Verwendung des zurückgezahlten Konjunkturzuschlags ergäbe sich, wenn die privaten Haushalte ihren Anteil voll im Ausland, etwa für Urlaubsreisen, ausgeben würden und die Unternehmen ausschließlich Auslandsschulden zurückzahlten. In diesem Fall verbliebe weder eine direkte Nachfragestimulierung noch eine Anreicherung der Bankenliquidität in der Bundesrepublik. Lediglich über den „Bumerangeffekt", d. h. durch Rückwirkungen der auf das Ausland übertragenen Impulse auf die Bundesrepublik — etwa in Form zusätzlicher deutscher Exporte — würden sich sekundäre Nachfrageanregungen für die Bundesrepublik ergeben.

Die tatsächlichen Folgen der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags werden zwischen den geschilderten Extremen liegen. Vor allem in den privaten Haushalten wird das zusätzliche Einkommen auch zusätzliche Käufe auslösen, wenngleich sicherlich ein relativ hoher Anteil zunächst gespart wird. Setzt man ihn etwa mit einem Drittel an — die durchschnittliche Sparquote des zweiten Halbjahrs betrug 1970 und 1971 jeweils annähernd 15 % —, so ergibt sich unter Außerachtlassung sekundärer Anregungen ein zusätzlicher Anstieg der privaten Verbrauchsausgaben im zweiten Halbjahr von 1,3 %. Ein nicht unbeträchtlicher Teil davon dürfte angesichts der beginnenden Ferienzeit ins Ausland fließen. Schwieriger ist eine Prognose, wie die Unternehmen die ihnen erstatteten Beträge verwenden werden, da zumindest kurzfristig die Selbstfinanzierungsmöglichkeiten kein entscheidender Bestimmungsgrund für Investitionen sind. Immerhin mag der Zufluß zum gegenwärtigen Zeitpunkt den Prozeß der Erwartungsbesserung beschleunigen, der für eine Aufstockung der Investitionsplanungen ausschlaggebend ist.

Antizyklische Wirksamkeit

Die Impulse, die von der Rückzahlung des Konjunkturzuschlags ausgehen, werden also vor allem den privaten Konsum anregen. Da aber gerade in diesem Bereich die Nachfrage noch relativ zügig expandiert und der Preisauftrieb am wenigsten nachgelassen hat, wäre ohne das Damoklesschwert der Befristung kaum schon zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine eindeutige Entscheidung zugunsten der Mittelfreigabe möglich. Insoweit zeigt sich, daß die konjunkturpolitische Handlungsfreiheit durch die Terminierung allzu sehr eingeschränkt worden ist. Im übrigen aber ist der Grundgedanke des antizyklischen Ausgleichs von Nachfrageüberschüssen und Nachfragedefiziten im privaten Sektor — bezogen auf die Auslastung der Ressourcen — durch die ersten Erfahrungen mit dem neuen Instrument keineswegs schon widerlegt.